

Fakten und Empfehlungen zu den Regelungen in der Kindertagespflege

Das Gebiet der Kindertagespflege zeichnet sich durch eine große Uneinheitlichkeit aus. Dies ist einerseits auf das große Spektrum ihrer Erscheinungsformen – der Ganztagsbetreuung, der ergänzenden Betreuung zur Kindertageseinrichtung, der nebenberuflichen Betreuung weniger Kinder bis hin zur Großtagespflege – und andererseits auf die von Bundesland zu Bundesland, Kommune zu Kommune unterschiedlichen rechtlichen, fachlichen und finanziellen Rahmenbedingungen zurückzuführen. Belastbare Angaben zur Höhe des von Tagespflegepersonen zu versteuernden Einkommens sind aus diesem Grund nicht möglich, zumal dieses wiederum von etwaigen anderen Einkünften und den Einkünften des Ehepartners abhängig ist. Der zu versteuernde Gewinn ist i. d. R. Grundlage für die Beitragszahlung zur gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung.

Mit den gesetzlichen Vorgaben des Kinderförderungsgesetzes zur leistungsgerechten Ausgestaltung der Vergütungsstruktur in der Kindertagespflege, der Zuschussregelung zu den Sozialversicherungen und dem „Aktionsprogramm Kindertagespflege“ hat das Bundesfamilienministerium die entscheidenden Weichen dafür gestellt, dass sich die Kindertagespflege mittelfristig zu einem anerkannten Berufsbild entwickeln kann.

1. Besteuerung

Seit dem 1. Januar 2009 haben i. d. R. alle Tagespflegepersonen ihre Einkünfte zu versteuern, und zwar bei selbstständiger Tätigkeit als Einkünfte aus selbständiger Arbeit nach § 18 Abs. 1 Nr. 1 EStG bzw. im Arbeitsverhältnis i. d. R. als Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (§ 19 EStG). Dies gilt unabhängig von der Anzahl der betreuten Kinder und von der Herkunft der vereinnahmten Mittel (Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 11. November 2016, IV C 6 - S 2246/07/10002 :005, BStBl I 2016, 1236). Einkommensteuer ist jedoch nur zu zahlen, wenn das zu versteuernde Einkommen insgesamt den Grundfreibetrag von derzeit 9.168 Euro (2019) bei Ledigen und von 18.336 Euro (2019) bei zusammen veranlagten Ehegatten übersteigt.

Dabei ist zu beachten:

Steuerfrei bleiben gemäß § 3 Nr. 9 EStG die vom Jugendhilfeträger nach § 23 Abs. 2 Nr. 3 und 4 SGB VIII geleisteten Erstattungen der Unfall-, Renten-, Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge (Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 11. November 2016, IV C 6 - S 2246/07/10002 :005, BStBl I 2016, 1236).

Steuerrechtlich maßgeblich ist bei selbstständiger Tätigkeit der Gewinn. Dieser wird ermittelt durch Abzug der Betriebsausgaben von den Betriebseinnahmen. Betriebsausgaben sind alle Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der Ausübung der selbstständigen Tätigkeit anfallen. Bei der Gewinnermittlung durch Einnahmenüberschussrechnung (§ 4 Abs. 3 EStG) gibt es zwei Möglichkeiten:

- Die Tagespflegeperson weist die tatsächlich angefallenen Betriebsausgaben nach. Als Betriebsausgaben kommen beispielsweise – ggf. anteilig – in Betracht: Nahrungsmittel, Ausstattungsgegenstände (Mobiliar), Beschäftigungsmaterialien (Spiel- und Bastelmaterialien), Fachliteratur, Hygieneartikel, Miete und Betriebskosten der zur Kinderbetreuung genutzten Räumlichkeiten, Telekommunikationskosten, Aufwendungen für Versicherungen, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der Betreuungstätigkeit stehen, Weiterbildungskosten, Fahrtkosten, Aufwendungen für Außer-Haus-Programm (z. B. Besuch von Zoo und kulturellen Veranstaltungen).

Oder

- Die Tagespflegeperson kann eine Betriebsausgabenpauschale geltend machen: Die Pauschale beträgt monatlich 300 Euro pro ganztags betreutem Kind (40 Stunden in der Woche oder mehr). Soweit die tatsächlich vereinbarte Betreuungszeit weniger als 40 Stunden pro Woche beträgt, ist die zeitanteilige Kürzung gemäß dem Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 11. November 2016 (IV C 6 - S 2246/07/10002 :005, BStBl I 2016, 1236) nach folgender Formel vorzunehmen:

$$300 \text{ Euro} \times \text{vereinbarte wöchentliche Betreuungszeit (max. 40 Stunden)}$$

$$(8 \text{ Stunden} \times 5 \text{ Tage} =) 40 \text{ Stunden}$$

Auch für Zeiten, in denen die Tagespflegeperson (etwa wegen Urlaubs, Krankheit oder Fortbildung) verhindert ist, die vereinbarte Betreuung selbst zu erbringen, kann die Betriebsausgabenpauschale abgezogen werden, wenn die Geldleistung für diese Zeit durch das Jugendamt oder durch privat finanzierte Kindertagespflege weitergezahlt wird. Die Betriebsausgabenpauschale darf nur bis zur Höhe der Betriebseinnahmen abgezogen werden.

Den Tagespflegepersonen bleibt es in jedem Fall unbenommen, statt der Pauschale die tatsächlichen höheren Betriebsausgaben geltend zu machen. Ein Abzug von einzelnen nachweisbaren Aufwendungen (z. B. für Lebensmittel) neben dem Abzug der Pauschale ist dagegen nicht möglich.

Findet die Kindertagespflege im Haushalt der Erziehungsberechtigten des Kindes statt, kann die Betriebsausgabenpauschale nicht geltend gemacht werden. Abgesehen davon, dass in diesen Fällen u. U. von einem Arbeitsverhältnis auszugehen ist, sind die tatsächlichen Kosten in der Regel leicht nachweisbar und daher eine Pauschale nicht erforderlich. Wird die Kindertagespflege in unentgeltlich (z. B. von der Gemeinde) zur Verfügung gestellten Räumen geleistet, kann die Betriebsausgabenpauschale ebenfalls nicht geltend gemacht werden.

Werden einer selbstständig tätigen Tagespflegeperson nach § 23 SGB VIII laufende Geldleistungen für sog. Freihalteplätze gezahlt, kann sie von diesen Einnahmen anstelle der tatsächlichen Betriebsausgaben pro Freihalteplatz und Monat eine Pauschale in Höhe von 40,00 Euro abziehen. Freihalteplätze sind Plätze, die im Fall einer Krankheits-, Urlaubs- oder Fortbildungsververtretung einer anderen Kindertagespflegeperson kurzfristig belegt werden können.

Bei Belegung der Freihalteplätze ist die Betriebsausgabenpauschale zeitanteilig (Verhältnis der Tage der Belegung des Freihalteplatzes im Monat zu pauschal 20 Arbeitstagen im Monat) zu kürzen:

$$\frac{40 \text{ Euro} \times \text{nicht belegte Arbeitstage (max. 20)}}{20 \text{ Arbeitstage (pauschal)}}$$

Beispiel: Der Freihalteplatz ist in einem Monat für 12 Tage an jeweils 6 Stunden belegt, d. h. ausgehend von 20 Arbeitstagen (pauschal) an 8 Tagen nicht belegt. Die jeweiligen Betriebsausgabenpauschalen errechnen sich wie folgt:

Berechnung der anteiligen Betriebsausgabenpauschale für den nicht belegten Freihalteplatz:

$$40 \text{ Euro} \times 8/20 \text{ Arbeitstage} = 16 \text{ Euro}$$

Berechnung der anteiligen Betriebsausgabenpauschale für den belegten Freihalteplatz:

$$300 \text{ Euro} \times 6/8 \text{ Stunden} \times 12/20 \text{ Arbeitstage} = 135 \text{ Euro}$$

Empfehlung:

Tagespflegepersonen sollten vor Aufnahme ihrer Tätigkeit Kontakt mit dem Finanzamt aufnehmen. I. d. R. ist der „Fragebogen zur steuerlichen Erfassung“ (Aufnahme einer selbstständigen, freiberuflichen Tätigkeit) auszufüllen, der über das Formular-Management-System des Bundesministeriums der Finanzen im Internet abrufbar (www.formulare-bfinv.de) ist und am PC ausgefüllt und anschließend an das Finanzamt übersandt werden kann. In diesem Fragebogen sind Angaben u. a. zu den voraussichtlichen Gewinnen zu machen. Anhand dieser Angaben berechnet das Finanzamt, ob Vorauszahlungen für Einkommensteuer, evtl. Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag zu leisten sind und nennt die Fälligkeitstermine. Die Vorauszahlungen können auf Antrag beim Finanzamt der tatsächlichen Gewinnentwicklung angepasst werden. Die endgültige Steuerfestsetzung erfolgt dann anhand der Steuererklärung, die bis bisher zum 31. Mai des Folgejahres und ab dem Steuerjahr 2018 (Abgabe der Steuererklärung ab 2019) zum 31. Juli des Folgejahres abgegeben werden sollte.

2. Kranken- und Pflegeversicherung

Tagespflegepersonen, die bis zu fünf gleichzeitig anwesende, fremde Kinder betreuen, galten bis 31. Dezember 2018 nach Maßgabe der §§ 10 und 240 SGB V als nicht hauptberuflich selbstständig erwerbstätig. Diese Regelung besteht seit 01.01.2019 nicht mehr. Da seit Beginn des Jahres 2019 die hohe Mindestbemessungsgrundlage für hauptberuflich selbstständig Tätige entfallen ist, wirkt sich das Auslaufen der Sonderregelung auf der Beitragsseite jedoch nicht negativ aus. Insgesamt gilt ab 2019 folgendes:

- Tagespflegepersonen können weiterhin familienversichert bleiben, wenn ihr regelmäßiges monatliches Gesamteinkommen eine bestimmte Einkommensgrenze (im Jahr 2019: 445 Euro monatlich bzw. bei geringfügiger Beschäftigung 450 Euro monatlich) nicht überschreitet und sie nicht hauptberuflich selbstständig tätig sind. Ob eine hauptberufliche Tätigkeit

anzunehmen ist, ist mit der zuständigen Krankenkasse im Einzelfall zu klären. In aller Regel wird keine Hauptberuflichkeit angenommen, wenn die Tätigkeit nicht mehr als halbtags ausgeübt wird.

- Für Tagespflegepersonen, die freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert sind, werden die Beiträge ausgehend von einer Mindestbemessungsgrundlage in Höhe von 1.038,33 Euro im Jahr 2019 berechnet. Ist das tatsächliche Einkommen höher als 1.038,33 Euro, wird der Beitrag auf der Grundlage des tatsächlichen (nachgewiesenen) Einkommens berechnet.

Die nach dem Arbeitseinkommen (und ggf. weiteren relevanten Einkünften) zu bemessenden Beiträge werden auf der Grundlage des zuletzt erlassenen Einkommensteuerbescheides festgesetzt. Wurde die selbstständige Tätigkeit in Kindertagespflege erst aufgenommen, werden die Beiträge auf der Grundlage der nachgewiesenen voraussichtlichen Einnahmen festgesetzt.

Seit 2018 werden die Beiträge nur vorläufig festgesetzt werden; die endgültige Festsetzung erfolgt auf Grundlage der tatsächlich erzielten beitragspflichtigen Einnahmen für das jeweilige Kalenderjahr nach Vorlage des jeweiligen Einkommensteuerbescheides. Es kann daher zu Beitragsnachzahlungen oder Beitragserstattungen kommen.

Werden die tatsächlichen Einnahmen auf Verlangen der Krankenkasse nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des jeweiligen Kalenderjahres nachgewiesen, werden die endgültigen Beiträge nach der Beitragsbemessungsgrenze (im Jahr 2019: 4.537,50 Euro) festgesetzt.

Als Beitragssatz findet der ermäßigte Beitragssatz der gesetzlichen Krankenversicherung Anwendung (derzeit 14 Prozent). Hauptberuflich selbstständig tätige Tagespflegepersonen haben jedoch die Möglichkeit, sich mit einem Anspruch auf Krankengeld zu versichern. In diesem Fall geben sie eine sog. Wahlerklärung ab, die 3 Jahre bindend ist, und zahlen den allgemeinen Beitragssatz in Höhe von derzeit 14,6 %.

Eine hauptberufliche Tätigkeit wird angenommen, wenn die selbstständige Erwerbstätigkeit der Lebensführung des Betroffenen von ihrer wirtschaftlichen Bedeutung und ihrem zeitlichen Aufwand her das Gepräge gibt. Davon sind die Krankenkassen bisher ausgegangen, wenn der zeitliche Aufwand für die selbstständige Tätigkeit mehr als 20 Stunden beträgt und das Arbeitseinkommen aus der selbstständigen Tätigkeit die Hauptquelle zur Bestreitung des Lebensunterhalts darstellt. Die Einstufung erfolgt im jeweiligen Einzelfall.

Krankengeld wird ab der 7. Woche der Arbeitsunfähigkeit in Höhe von 70 % des erzielten regelmäßigen Arbeitseinkommens gezahlt. Die gesetzlichen Krankenkassen bieten zudem weitere Tarife mit einem früheren Beginn des Krankengeldanspruchs an.

Zusätzlich zum Beitragssatz in Höhe von 14 % bzw. 14,6 % wird – je nach Krankenkasse - meist ein einkommensabhängiger Zusatzbeitrag erhoben. Hinzu kommt außerdem ein Beitrag zur gesetzlichen Pflegeversicherung in Höhe von derzeit 3,05 % bzw. 3,3 % für Kinderlose, die das 23. Lebensjahr vollendet haben.

Beispiel:

Falls keine weiteren beitragspflichtigen Einnahmen vorliegen liegt der Beitrag zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung bei einem Arbeitseinkommen (steuerlichen Gewinn) von bis zu 1.038,33 Euro (Mindestbemessungsgrundlage) bei monatlich 177,04 Euro (ohne Krankengeldanspruch) bzw. 183,27 Euro (mit Krankengeldanspruch). Hinzu kommt in der Krankenversicherung u. U. ein einkommensabhängiger Zusatzbeitrag sowie für Kinderlose in der Pflegeversicherung ein Zusatzbeitrag in Höhe

von 0,25 %. Liegt das Arbeitseinkommen über der Mindestbemessungsgrundlage, bilden das nachgewiesene Arbeitseinkommen (ggf. zzgl. weiterer beitragspflichtiger Einnahmen) die Grundlage der Beitragsberechnung.

Diese Regelungen gelten für alle Tagespflegepersonen unabhängig davon, ob sie durch das Jugendamt oder privat von den Eltern finanziert werden. Etwas Anderes kann gelten, wenn bei verheirateten Tagespflegepersonen der Ehepartner nicht in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert ist. Näheres zur Beitragsbemessung findet sich in den „Einheitlichen Grundsätzen zur Beitragsbemessung freiwilliger Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung und weiterer Mitgliedergruppen sowie zur Zahlung und Fälligkeit der von Mitgliedern selbst zu entrichtenden Beiträge“, die in der jeweils aktuellen Fassung auf dem Internetauftritt des GKV- Spitzenverbandes zu finden sind (<http://www.gkv-spitzenverband.de>). Der Spitzenverband informiert auch über die Höhe der jeweiligen – von den einzelnen Krankenkassen - festgesetzten einkommensabhängigen Zusatzbeiträge.

3. Rentenversicherung

Bei selbstständig tätigen Tagespflegepersonen tritt gemäß § 2 Satz 1 Nr. 1 SGB VI Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung ein, wenn im Zusammenhang mit der selbstständigen Tätigkeit regelmäßig kein versicherungspflichtiger Arbeitnehmer beschäftigt wird und die Tätigkeit mehr als nur geringfügig ausgeübt wird. Letzteres ist der Fall, wenn das Arbeitseinkommen der Tagespflegeperson aus der Kindertagespflege Tätigkeit regelmäßig im Monat 450 Euro überschreitet.

Auf Antrag und entsprechenden Nachweis wird der Beitragsbemessung das tatsächliche Einkommen zugrunde gelegt. Entscheidend ist hier - wie auch bei der zuvor genannten Geringfügigkeitsgrenze von 450 Euro - das Arbeitseinkommen, also der steuerrechtliche Gewinn. Der steuerrechtliche Gewinn bemisst sich aus der Summe der Betriebseinnahmen abzüglich der Betriebsausgaben, wobei alternativ zum Abzug der tatsächlichen Betriebsausgaben die Betriebsausgabenpauschale (bei Ganztagsbetreuung pro Kind und Monat 300,- Euro bzw. bei Teilzeitbetreuung der anteilige Betrag) abgezogen werden kann. Die (hälftig) vom Jugendamt erstatteten Beiträge zur Kranken-, Pflege-, Renten- und Unfallversicherung (§ 23 Abs. 2 Nr. 3 und 4 SGB VIII) sind gemäß § 3 Nr. 9 EStG steuerfrei und gehören nicht zu den Betriebseinnahmen.

Der Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung beträgt derzeit 18,6%.

Wird keine einkommensgerechte Beitragszahlung beantragt bzw. das Arbeitseinkommen nicht nachgewiesen, sind Beiträge in Höhe eines einkommensunabhängigen Regelbeitrags zu zahlen. Der Regelbeitrag liegt im Jahr 2019 bei monatlich 579,39 Euro (West) bzw. bei 533,82 Euro (Ost) und wird aus einem fiktiven Einkommen von monatlich 3.115 Euro (Bezugsgröße 2019 West) bzw. 2.870 Euro (Bezugsgröße 2019 Ost) berechnet.

In den ersten drei Jahren nach dem Jahr der Aufnahme der selbstständigen Tätigkeit wird lediglich der halbe Regelbeitrag erhoben, d. h. 289,70 Euro (West) bzw. 266,91 Euro (Ost).

Empfehlung:

Die Zahlung einkommensgerechter Beiträge muss beim zuständigen Rentenversicherungsträger beantragt werden. Die Beitragsbemessung erfolgt dann in der Regel anhand des im letzten Einkommensteuerbescheid ausgewiesenen Arbeitseinkommens (steuerrechtlicher Gewinn), mindestens jedoch auf Grundlage eines Arbeitseinkommens von monatlich 450 Euro. Liegt

noch kein Einkommensteuerbescheid vor, ist das Arbeitseinkommen zunächst zu schätzen und der Steuerbescheid nachzureichen. Da die Einkommensteuerbescheide mit zeitlicher Verzögerung erstellt werden, wird das Arbeitseinkommen dynamisiert, d. h. die Beitragsbemessungsgrundlage ist i. d. R. etwas höher als der per Steuerbescheid nachgewiesene Gewinn.

Die Träger der Deutschen Rentenversicherung beraten hinsichtlich der Möglichkeiten der Beitragsbemessung für versicherungspflichtige Selbständige.

4. Vergütung

Die Vergütung der Tagespflegepersonen ist bei öffentlich geförderter (finanzierter) Kindertagespflege in § 23 SGB VIII geregelt.

Die sog. „laufende Geldleistung“ setzt sich gemäß § 23 Abs. 2 SGB VIII aus folgenden Komponenten zusammen:

- Erstattung angemessener Kosten für den Sachaufwand der Tagespflegeperson
- Anerkennungsbetrag für Erziehung, Bildung und Betreuung des Kindes, der gemäß § 23 Abs. 2a SGB VIII „leistungsgerecht auszugestalten“ ist
- Erstattung nachgewiesener Aufwendungen für Beiträge zu einer Unfallversicherung sowie hälftige Erstattung nachgewiesener Aufwendungen zu einer angemessenen Alterssicherung der Tagespflegeperson
- hälftige Erstattung nachgewiesener Aufwendungen zu einer angemessenen Kranken- und Pflegeversicherung.

Anders als ein pauschal gewährter Arbeitslohn wird der „Betrag zur Anerkennung der Förderungsleistung“ abgestuft gewährt. Aspekte, die hierbei zu berücksichtigen sind, sind nach dem Gesetzeswortlaut der zeitliche Umfang der Leistung und die Anzahl und der Förderbedarf der betreuten Kinder. Dieser Katalog ist nicht abschließend; aus der Gesetzesbegründung und dem Sinn und Zweck der Regelung folgen, dass bei der Beurteilung der „Leistungsgerechtigkeit“ insbesondere auch die Qualifikation von Tagespflegepersonen berücksichtigt werden kann. Weitere sachgerechte Aspekte für die Abstufung sind beispielsweise besondere Betreuungszeiten und die wegen der formalen Selbständigkeit von Tagespflegepersonen notwendige Rücklagenbildung für Krankheits- und Urlaubszeiten sowie Betreuungsausfälle.

Die in § 23 Abs. 2a SGB VIII vorgesehene leistungsgerechte Ausgestaltung der Vergütung in der öffentlichen Kindertagespflege ist der Schlüssel zum Ausbau der Kindertagespflege. Nur durch eine leistungsgerechte Vergütung werden hinreichende Anreize für eine qualifizierte Tätigkeit in der Kindertagespflege geschaffen. Gleichzeitig sorgt eine einheitliche, leistungsgerechte Ausgestaltung der Vergütungsstruktur dafür, dass sich die Kindertagespflege zu einem anerkannten Berufsbild entwickeln kann. Hier sind Länder und Kommunen in der Verantwortung, diese gesetzlichen Vorgaben adäquat umzusetzen.

§ 23 SGB VIII stellt weiter klar, dass die Vergütung (Wortlaut im Gesetz: „laufende Geldleistung“) an die Tagespflegeperson zu zahlen ist. Nach der Intention des Gesetzgebers sollte damit der Tagespflegeperson eine gerichtliche Kontrolle der Leistung erleichtert werden, die vor den Änderungen im Rahmen des KiföG im Hinblick auf die Adressatenoffenheit der Regelung umstritten war. § 23 SGB VIII begründet in der seit Dezember 2008 geltenden Fassung nach ständiger Rechtsprechung (u. a. OVG Lüneburg, 20.11.2012 – Az. 4 KN 319/09; VG Aachen, 13.03.2013 – Az. 2 K 1089/11, bestätigt durch OVG NRW, 15.10.2012 – Az. 12 A 1445/12) wieder ein subjektives Recht der Tagespflegepersonen auf Gewährung der laufenden Geldleistung, wenn die Förderung des Kindes durch den Jugendhilfeträger erfolgt. Bei

Streitigkeiten über die laufende Geldleistung kann sie daher gerichtliche Hilfe in Anspruch nehmen. Im Hinblick auf diese Überprüfbarkeit und die Steuerfreiheit der Erstattungsbeiträge für die Sozialversicherung (dazu gleich unter 5.) müssen die in § 23 Abs. 2 SGB VIII aufgeführten Bestandteile der „laufenden Geldleistung“ vom Jugendamt einzeln aufgeführt werden (u. a. OVG Lüneburg, 20.11.2012 – Az. 4 KN 319/09). Laut BVerwG (25.01.2018 - 5 C 18.16) handelt es sich bei dem "Betrag zur Anerkennung ihrer Förderungsleistung" um einen unbestimmten Rechtsbegriff, bei dessen Anwendung und leistungsgerechter Ausgestaltung die Träger der öffentlichen Jugendhilfe über einen Beurteilungsspielraum verfügen, der gerichtlich nur eingeschränkt überprüfbar ist. Die öffentliche Förderung gem. § 23 Abs. 1 und 2 SGB VIII ist konsequent von dem privatrechtlichen Rechtsverhältnis zwischen Eltern und Tagespflegeperson zu unterscheiden. Der Zuordnung der „laufenden Geldleistung“ an die Tagespflegeperson liegt das Modell der selbstständigen Tagespflegeperson zugrunde. Sollte im Einzelfall durch die Betreuungskonstellation, mit der der Träger der öffentlichen Jugendhilfe seiner Förderungsverpflichtung gemäß § 24 SGB VIII nachkommt, ein Anstellungsverhältnis zu den Eltern begründet werden – etwa bei der Betreuung von Kindern ausschließlich aus einem Haushalt oder der Betreuung im Haushalt der Erziehungsberechtigten –, sollte sich der arbeits- und sozialversicherungsrechtliche Status der Tagespflegeperson nicht zu Lasten der betreuungsbedürftigen Kinder und deren Eltern auswirken. Auch bei einem Anstellungsverhältnis sollte daher die hälftige Erstattung der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherungsbeiträge in Betracht gezogen werden. Zwar ist § 23 Abs. 2 SGB VIII wegen seiner Ausrichtung auf die selbstständige Tätigkeit der Tagespflegeperson nicht eindeutig. Da hier die Eltern als Arbeitgeber im Innenverhältnis gegenüber der Tagespflegeperson und im Verhältnis zu den Sozialkassen verpflichtet sind, kann jedoch im Wege eines öffentlich-rechtlichen Vertrages gem. §§ 53 ff. SGB X zwischen Jugendamt und Tagespflegeperson bzw. Eltern die Leistung der laufenden Geldleistung an die Eltern (etwa im Wege der Abtretung) vereinbart werden.

Private Zuzahlungen von Dritten – insbesondere der Eltern – sind in der Systematik der §§ 22 ff. SGB VIII grundsätzlich nicht vorgesehen. Bejaht das Jugendamt den Betreuungsbedarf i. S. d. § 24 Abs. 2 und 3 SGB VIII (bzw. besteht ein Rechtsanspruch auf Betreuung gem. § 24 Abs. 1 SGB VIII), hat das Jugendamt grundsätzlich für alle aus der bedarfsgerechten Betreuung resultierenden Kosten einzustehen. Dies gilt beispielsweise auch für die Kosten einer angemessenen Verpflegung, die als Sachaufwand zu erstatten sind (so auch OVG Lüneburg, 20.11.2012 – Az. 4 KN 319/09).

Die Kostenbeteiligung der Eltern richtet sich allein nach § 90 SGB VIII und muss den Grundsätzen von Verhältnismäßigkeit und Gleichbehandlung genügen. Erst hier kann die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Eltern Berücksichtigung finden. Dabei ist laut BVerwG (26.10.2017- 5 C 19.16) dem Gebot, die von § 24 Abs. 2 Satz 1 SGB VIII insbesondere angestrebte Gewährung einer bestmöglichen Kinderbetreuung nicht durch unzumutbare finanzielle Hürden zu gefährden oder zu vereiteln, bei der Auslegung und Anwendung des § 90 Abs. 3 SGB VIII, den in § 90 Abs. 4 Satz 1 SGB VIII genannten Bestimmungen des Zwölften Buches Sozialgesetzbuches und anderer einschlägiger landesrechtlicher Regelungen mit besonderem Gewicht Rechnung zu tragen.

Die Tagespflegeperson hat in jedem Fall gegenüber dem Jugendamt einen Anspruch auf die ungekürzte „laufende Geldleistung“ nach § 23 SGB VIII. Die Zahlungswege Jugendamt – Tagespflegeperson und Eltern – Jugendamt sind strikt zu trennen. Eine Verrechnung der Elternbeiträge mit der „laufenden Geldleistung“ dergestalt, dass das Jugendamt an die Tagespflegeperson nur die Differenz auszahlt und der Restbetrag durch die von Eltern an Tagespflegepersonen zu zahlenden Elternbeiträge abgedeckt wird, ist unzulässig. Auch die gelegentlich als „wirtschaftliche Jugendhilfe“ (das SGB VIII kennt keine solche Begrifflichkeit) bezeichnete Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Eltern bereits innerhalb der Prüfung des Betreuungsbedarfs im Sinne von § 24 SGB VIII ist unzulässig.

5. Erstattung von Sozialversicherungsbeiträgen

Erhält die Tagespflegeperson nach § 23 SGB VIII die laufende Geldleistung seitens des Jugendamtes, erstattet das Jugendamt in diesem Rahmen die nachgewiesenen hälftigen Aufwendungen zu einer angemessenen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung sowie die Beiträge zu einer (angemessenen) Unfallversicherung. Im Ergebnis werden Tagespflegepersonen also hinsichtlich der Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge wie Arbeitnehmer behandelt. Da die Erstattungsbeiträge gemäß § 3 Nr. 9 EStG steuerfrei gestellt sind, erhöhen sie nicht den steuerlichen Gewinn.

Die Erstattung von hälftigen Beiträgen zu einer angemessenen Alterssicherung war schon vor den Änderungen durch das Kinderförderungsgesetz in § 23 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 SGB VIII vorgesehen, wurde aber wegen des nicht vorhandenen steuerlichen Gewinns (durch die Einordnung der Geldleistungen als steuerfreie Beihilfe) bis Ende 2008 nur relevant in Bezug auf freiwillige Altersvorsorgeleistungen.

Die hälftige Erstattung von Aufwendungen zu einer angemessenen Kranken- und Pflegeversicherung wurde durch das Kinderförderungsgesetz in § 23 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 SGB VIII aufgenommen.

Zentral ist die „Angemessenheit“ der gezahlten Beiträge, die für jeden Einzelfall zu ermitteln ist. Bei Beiträgen zur gesetzlichen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung, die im Zusammenhang mit der Tätigkeit in der öffentlichen Kindertagespflege stehen, ist stets von einer Angemessenheit auszugehen.

Die hälftige Erstattung des einkommensabhängigen Zusatzbeitrages in der gesetzlichen Krankenversicherung wurde in der Vergangenheit z. T. von den Jugendämtern mit der Begründung abgelehnt, dass die Arbeitnehmer/innen diesen Beitrag ebenfalls allein zu tragen hätten. Da der Zusatzbeitrag ab 01.01.2019 wieder hälftig von Arbeitgeber/innen und Arbeitnehmer/innen zu tragen ist, greift diese Argumentation spätestens ab diesem Zeitpunkt nicht mehr.

Hat eine Tagespflegeperson keine andere Möglichkeit als sich privat zu versichern, sind die Beiträge zu einer privaten Kranken- und Pflegeversicherung laut VG Stuttgart (30.07.2013 – 7 K 3281/10) angemessen, wenn es sich um eine Basisversicherung handelt, deren Leistungen mit denen einer gesetzlichen Versicherung vergleichbar sind. Laut OVG Lüneburg (18.08.2018 – 10 KN 3/18) ist jedoch die satzungsrechtliche Begrenzung der Erstattung auf den Beitragsatz zur gesetzlichen Krankenversicherung nicht zu beanstanden.

Gestattet bzw. toleriert das Jugendamt private Zuzahlungen der Eltern (hierzu oben Ziff. 4), legt dies zwar den Schluss nahe, dass die vom Jugendamt gewährte „laufende Geldleistung“ nicht die Kosten einer bedarfsgerechten Betreuung deckt. Nach der derzeitigen Rechtsprechung zeichnet sich jedoch ab, dass nur Beiträge, die aus öffentlich finanzierter Kindertagespflege resultieren, als erstattungsfähig angesehen werden, d. h. private Zuzahlungen unberücksichtigt bleiben dürfen (VG Stuttgart, 30.07.2012 - 7 K 3/11). Dies dürfte auch dann gelten, wenn die laufende Geldleistung zu niedrig ist, da es den Tagespflegepersonen in diesem Fall unbenommen ist, statt privater Zuzahlungen eine höhere Geldleistung vom Jugendamt zu fordern und einen dahingehenden Anspruch notfalls gerichtlich durchzusetzen (OVG Lüneburg, 08.07.2014 - 4 LB 262/12). Das Urteil des VG Oldenburg (21.02.2011 - 13 A 2020/10), das zunächst zu einem anderen Ergebnis kam, wurde insoweit aufgehoben.

Empfehlung:

Über die Modalitäten und den Zeitpunkt der Beitragszahlung sollten sich die Tagespflegepersonen möglichst frühzeitig mit ihrer Krankenkasse und der Deutschen Rentenversicherung in

Verbindung setzen. Mit diesen dergestalt nachgewiesenen Aufwendungen sollte dann mit dem zuständigen Jugendamt die Frage der Erstattung geklärt werden, um zu gewährleisten, dass die Tagespflegeperson nicht in Vorleistung treten muss. Die Jugendämter haben in jedem Einzelfall die Angemessenheit von Renten-, Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen zu ermitteln. Eine Erstattung in Form von Pauschalen, wie sie gelegentlich praktiziert wird, ist daher nicht zulässig.

Zuständig für die laufende Geldleistung und damit für die Erstattung der Aufwendungen zur Sozialversicherung ist jeweils das Jugendamt, in dessen Bereich die Eltern des Kindes wohnen (§ 86 SGB VIII; die Frage der Zuständigkeit für die Erlaubniserteilung gem. § 87a SGB VIII ist hiervon zu trennen). Sind wegen der Betreuung von Kindern aus unterschiedlichen Bezirken/Gemeinden/Kreisen verschiedene Jugendämter zuständig, sollten sich die beteiligten Jugendämter hinsichtlich der Erstattung rechtzeitig ins Benehmen setzen. Denkbar ist z. B. eine anteilige Erstattung oder die Übernahme der Erstattung durch ein Jugendamt.

6. Erläuterungen zu § 43 SGB VIII (Pflegeerlaubnis)

Die Erlaubnis befugt zur Betreuung von bis zu fünf gleichzeitig anwesenden, fremden Kindern. Sie kann im Einzelfall auch für weniger Kinder erteilt und mit einer Nebenbestimmung versehen werden.

Landesrecht kann bestimmen, dass die Erlaubnis für mehr als fünf gleichzeitig anwesende, fremde Kinder erteilt werden kann, wenn die Person über eine pädagogische Ausbildung verfügt. In der Pflegestelle dürfen in diesem Fall allerdings nicht mehr Kinder betreut werden als in einer vergleichbaren Gruppe einer Tageseinrichtung. Mit dieser Regelung ist Rechtssicherheit auch für die Großtagespflege geschaffen.

Zuständig für die Erteilung der Erlaubnis ist der örtliche Träger, in dessen Bereich die Pflegeperson ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat (§ 87a Abs. 1 SGB VIII). § 76 SGB VIII eröffnet hier die Möglichkeit, anerkannte freie Träger der Jugendhilfe an der Überprüfung zu beteiligen. Die Erlaubniserteilung selbst bleibt – da Verwaltungsakt – aber Aufgabe des öffentlichen Jugendhilfeträgers.

7. Kostenbeiträge

Die Kostenbeiträge, die für die Inanspruchnahme von Kindertagespflege und Tageseinrichtungen zu entrichten sind, sind nach § 90 Abs. 1 Satz 2 und 3 SGB VIII zu staffeln, soweit Landesrecht nicht etwas anderes bestimmt. Der Landesrechtsvorbehalt gilt bis Juli 2019. Am 1. August 2019 tritt die durch das Gute-Kita-Gesetz geänderte Fassung des § 90 SGB VIII in Kraft; die Staffelung der Kostenbeiträge ist dann gemäß § 90 Abs. 3 SGB VIII für alle verpflichtend. Als Kriterien für die Staffelung können insbesondere das Einkommen der Eltern, die Anzahl der kindergeldberechtigten Kinder in der Familie und die tägliche Betreuungszeit des Kindes berücksichtigt werden.

8. Weiterführende Informationen

- Informationen zum Kinderförderungsgesetz (KiföG):
<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/kinder-und-jugend,did=118992.html>
- <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/kinderfoerderungsgesetz--kifoeg-/86390?view=DEFAULT>
- Handbuch Kindertagespflege:
www.handbuch-kindertagespflege.de
- Portal des BMFSFJ zur Kinderbetreuung:
www.fruehe-chancen.de
- Aktuelle Informationsbroschüre zur Kindertagespflege:
<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationsliste,did=201114.html>